

des so genannten Boxeraufstands im Jahr 1900, der als Bauernaufstand im Kampf gegen die ausländischen Invasoren bezeichnet wird. (XNA, 3.10.00; vgl. auch die Übersicht weiter unten)

In chinesischen Medien und von Seiten der Patriotischen Kirchen erhielt die Regierung Unterstützung für ihre Verurteilung des vatikanischen Vorgehens, das alte Wunden wieder aufgerissen habe. Von der chinesischen Regierung wurde die Heiligsprechung am 1. Oktober als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Chinas und als Versuch zur Spaltung des chinesischen Vaterlandes bewertet. Zur Begründung hieß es, die ganze Angelegenheit sei von von katholischen Kreisen in Taiwan manipuliert worden, zu denen der Heilige Stuhl gute Beziehungen unterhält. (XNA, 3., 4., 5.10.00; SWB, 6.10.00) -kg-

Innenpolitik

13 Fünfte Plenartagung des XV. Zentralkomitees

Vom 9. bis 11. Oktober fand in Beijing die Fünfte Plenartagung des XV. Zentralkomitees der KPCh statt. Im Mittelpunkt stand der Zehnte Fünfjahresplan für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung in den Jahren 2001-2005 (vgl. auch Übersicht unten). Daneben wurden personalpolitische und ideologische Fragen sowie der Machtwechsel in Belgrad erörtert, der sich wenige Tage zuvor ereignet hatte. Eine ausführliche Darstellung der offiziellen und inoffiziellen Agenda der Plenartagung findet sich im hinteren Teil dieses Heftes. -hol-

14 Großangelegte Falungong-Proteste führen zu weiterer Eskalation des politischen Konflikts

Zwei großangelegte Protestaktionen der im Juli letzten Jahres verbotenen Falungong-Bewegung auf dem Beijinger Tiananmen-Platz haben im Oktober zu einer weiteren Eskalation des seit nunmehr fünfzehn Monaten andauernden politischen Konflikts ge-

führt. Bei den Demonstrationen von jeweils mindestens 300 Falungong-Anhängern handelte es sich um die größten seit der Demonstration von über 10.000 Mitgliedern der Bewegung im April letzten Jahres. Die Tatsache, dass intensive Vorsorgemaßnahmen der Sicherheitskräfte die Proteste nicht verhindern konnten, gab der staatlichen Führung erheblichen Grund zur Unruhe und veranlasste sie dazu, den politischen Kampf gegen Falungong zu intensivieren.

Die beiden Protestaktionen fanden anlässlich des Nationalfeiertages am 1. Oktober und des Jahrestages der Verabschiedung des „Anti-Kult-Gesetzes“ durch den Ständigen Ausschuss des Nationalen Volkskongresses Ende Oktober statt. Beide verliefen nach ähnlichem Muster dezentraler Demonstrationen in kleinen Gruppen, wie es sich in den zurückliegenden Monaten „bewährt“ hatte; neu war allerdings die Tatsache, dass die Protestaktionen zuvor auf internationalen Websites der Falungong-Bewegung angekündigt worden waren und damit eine umso stärkere Provokation des staatlichen Apparates bedeuteten (AWSJ, 2., 27.10.00).

Am 1. ebenso wie am 26. Oktober gelang es seit den Morgenstunden kleineren Gruppen von Falungong-Anhängern immer wieder, den „Cordon Sanitaire“ unerkannt zu durchbrechen, der durch zahlreiche Polizeikontrollen an den Bahnhöfen, an Zufahrtsstraßen von außerhalb sowie vor allem um das Stadtzentrum Beijings und den Tiananmen-Platz selbst errichtet worden war. Angesichts des massiven Aufgebots an Sicherheitskräften auf dem Platz selbst gaben sich die Demonstrierenden jeweils nur in kleinen Gruppen zu erkennen; wie auch bei früheren Aktionen begab man sich in die typische Meditationshaltung oder entrollte Banner, außerdem wurden diesmal nach Berichten internationaler Medien auch Flugblätter ausgeworfen. Ebenfalls wie zuvor wurden die Demonstrierenden jeweils innerhalb weniger Minuten von Sicherheitskräften, teils unter Gewaltanwendung, festgenommen und in Polizeifahrzeugen abtransportiert. Da die sporadischen Proteste bis in den Nachmittag hinein nicht abebbten, sah man sich an beiden Tagen gezwungen, Teile des Tiananmen-Platzes vorüberge-

hend für die Öffentlichkeit zu sperren, um die Ordnung wieder herzustellen (XNA, 29.9.00; Hong Kong Information Centre for Human Rights and Democracy, 30.9.00, nach SWB, 3.10.00; IHT, 2., 27.10.00; AWSJ, 2., 27.10.00).

Wie verschiedene Beobachter und Informationsstellen berichteten, sollen im zeitlichen Umfeld der beiden Protestaktionen jeweils mehrere hundert Personen festgenommen worden sein; viele von diesen sollen aus den umliegenden Provinzen Hebei und Shandong, aber auch aus der südchinesischen Provinz Guangzhou angereist sein. Nach Angaben einer Hongkonger Zeitung, die allerdings nicht unabhängig verifiziert werden konnte, sollen die Festgenommenen diesmal umgehend zur Umerziehung in Arbeitslager verbracht worden sein, anstatt wie bisher üblich zunächst in ihre Heimatprovinzen zu weiteren administrativen Verfahren zurückgeschickt zu werden (*Ming Pao*, 12.10.00, nach SWB, 16.10.00; RTHK, Radio 3, 3.10.00, nach SWB, 4.10.00; AWSJ, 27.10.00).

Die staatliche Seite reagierte auf die neuerlichen Provokationen mit der Ankündigung eines intensivierten politischen Kampfes gegen die Falungong-Bewegung. Auffällig war bereits die Tatsache, dass die offiziellen Medien die Proteste „einer kleinen Anzahl hartnäckiger Elemente des Falungong-Kultes“ auf dem Tiananmen-Platz und die dadurch hervorgerufene „Störung der feierlichen Atmosphäre“ des 1. Oktober konkret benannten, anstatt wie sonst nur allgemein auf das subversive Potenzial des „Kultes“ abzuheben (XNA, 1.10.00). Auf eine qualitativ neue Stufe wurde die ideologische Kampagne gegen Falungong aber gehoben, als die offiziellen Medien Anfang Oktober zu einer Kategorisierung der Bewegung als „durch und durch reaktionäre politische Kraft“ übergingen; Li Hongzhi und seine Anhänger wurden beschuldigt, den Umsturz der VR China und des sozialistischen Systems auf ihre Fahnen geschrieben zu haben. Ferner hätten sie sich mit subversiven ausländischen Kräften, pro-demokratischen Vertretern und Befürwortern einer Unabhängigkeit Taiwans, Tibets und des muslimischen Nordwestens Chinas kurzgeschlossen, um die Einheit Chinas zu unterwandern. Beobachter werteten diese rhe-

torische Verschärfung als Vorbote eines härteren staatlichen Vorgehens gegen Mitglieder der Bewegung (XNA, 9., 10.10.00; vgl. auch RMRB, 27.9.00; AWSJ, 9.10.00; SCMP, 11.10.00; FT, 11.10.00). Die Kategorie „reaktionär“ wurde extensiv zur Verurteilung von Teilnehmern an den Demonstrationen vom Frühjahr 1989 verwendet.

Unterdessen sind mehrere Fälle bekannt geworden, in denen individuelle Falungong-Anhänger versucht haben, formal vorgesehene Instanzenwege zu beschreiten, um auf die in ihren Augen ungerechte staatliche Behandlung aufmerksam zu machen und ihre Rechte einzufordern. So sollen bereits Ende August, wie nun erst gemeldet wurde, zwei Hongkonger Bürger beim Obersten Volksgerichtshof in Beijing Klage gegen Staatspräsident Jiang Zemin, den Leiter der Organisationsabteilung der Partei Zeng Qinghong sowie gegen den für den Sicherheitsapparat verantwortlichen Luo Gan erhoben haben. Diese wurden von den beiden Klägern beschuldigt, für die harte Reaktion der parteistaatlichen Führung auf die Falungong-Demonstration im April letzten Jahres persönlich verantwortlich gewesen zu sein. Die beiden Personen, selbst Falungong-Anhänger, sollen beim Einreichen ihrer Klage in Beijing festgesetzt worden sein. In Hongkong haben sich daraufhin andere Falungong-Anhänger mit der Aufforderung an die Regierung der Sonderverwaltungsregion gewandt, sich für die persönliche Sicherheit der Festgenommenen einzusetzen (AWSJ, 9.10.00; RTHK, Radio 3, 9.10.00, nach SWB, 10.10.00; SCMP, 10.10.00).

Ferner wurde in den internationalen Medien der Fall einer jungen Frau bekannt, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den Tod ihrer Mutter aufzuklären, welche im Februar dieses Jahres als Falungong-Anhängerin verhaftet und kurz darauf im Gefängnis gestorben sein soll (Der Fall der Mutter wurde daraufhin vom US State Department als Nachweis schwerwiegender Menschenrechtsverletzungen gegen China verwandt). Durch die formale Beantragung einer offiziellen Todesurkunde versucht die Tochter seit Monaten, die Behörden zu veranlassen, die Umstände des Todes ihrer Mutter offen zu legen. Wenn diese und andere Versuche auch kaum Erfolg ha-

ben dürften - so soll es landesweit Rechtsanwältinnen untersagt sein, sich Falungong-Anhängern als Mandanten anzunehmen - setzen sie die staatlichen Instanzen doch unter erheblichen Rechtfertigungsdruck (AWSJ, 2.10.00).

Zugleich sind diese Akte zivilen Widerstands Anzeichen einer Politisierung der Falungong-Bewegung, deren Anhänger mit ihren systematischen Protestaktionen nicht nur eine fortgesetzte Provokation der staatlichen Führung betreiben, sondern sich selbst auch zunehmend in die Rolle politischer Märtyrer begeben. Die Falungong-Bewegung könnte damit nach und nach zu dem werden, als was die Führung sie seit Sommer letzten Jahres betrachtet: eine politische Herausforderung der Herrschaft der KPCh. -hol-

15 Bewegungen im Spannungsverhältnis zwischen Dalai Lama und chinesischer Führung?

Im Oktober wurden mehrere, zum Teil widersprüchliche Meldungen über das seit Jahren angespannte Verhältnis zwischen dem Dalai Lama, dem im Exil lebenden Oberhaupt der Tibeter, und der staatlichen Führung der VR China bekannt. Die verschiedenen Meldungen weisen darauf hin, dass zumindest auf Seiten des Dalai Lama Interesse bestehen dürfte, Bewegung in die stagnierenden Verhandlungen zu bringen.

Auf der einen Seite wiederholte der Dalai Lama im Oktober zu verschiedenen Gelegenheiten gegenüber internationalen Medien seinen bereits früher vertretenen Standpunkt, dass er nicht nach einer Unabhängigkeit Tibets, sondern nur nach der Verwirklichung eines hohen Grades an Autonomie strebe. Darüber hinaus soll er anlässlich eines für das Jahresende bevorstehenden Besuchs in Taiwan die Auffassung vertreten haben, dass auch Taiwan keineswegs die Unabhängigkeit von China anstreben solle, sondern vielmehr empfohlen haben, enge Beziehungen zum Festland zu pflegen. Ferner sprach er sich anlässlich einer Reise nach Osteuropa dafür aus, das „Tibet-Problem“ mit friedlichen Mitteln zu lösen, und deutete an,

dass er auf die Aufnahme von Verhandlungen mit der chinesischen Seite hoffte. Damit entsprach er nicht zuletzt der Erwartungshaltung des Europäischen Parlaments - dieses hatte im Juni diesen Jahres dafür gestimmt, die tibetische Exilführung als die rechtmäßige Regierung von Tibet anzuerkennen, wenn China nicht innerhalb von drei Jahren substanzielle Verhandlungen über eine echte Autonomie der Region aufnehme (CND, 4.10.00; Hungarian Radio (Budapest), 11.10.00, nach SWB, 13.10.00; TASR website (Bratislava), 15.10.00, nach SWB, 17.10.00; SCMP, 17.10.00).

Auf der anderen Seite verkündete der Dalai Lama bei einem Besuch in Neu Delhi, dass im Falle seines Todes seine Reinkarnation und damit der zukünftige Dalai Lama „logischerweise“ in einem „freien Land“ außerhalb Chinas zu suchen und zu finden sein werde (bei den Reinkarnationen im tibetischen Lamaismus handelt es sich um bewusste Reinkarnationen, d.A.). Jeder Versuch der chinesischen Seite, den neuen Dalai Lama auf eigenem Territorium zu identifizieren, würde daher in Tibet mit Gewissheit auf Widerstand stoßen, wo eine von China identifizierte Reinkarnation des Dalai Lama nicht akzeptiert würde (PTI news agency (New Delhi), 11.10.00, nach SWB, 13.10.00).

Meldungen, wonach der ältere Bruder des Dalai Lama, der in Hongkong lebende Gyalo Thundup, kürzlich als Unterhändler des Dalai Lama versucht haben soll, mit der chinesischen Seite in Verhandlungen zu treten, sind von ihm selbst dementiert worden. Zwar hatte er zu Beginn der Reformperiode in einer derartigen Rolle fungiert, als Deng Xiaoping mit ihm in Kontakt trat, um einen Dialog mit dem Dalai Lama einzuleiten. Seit 1993 aber habe er nach eigenen Aussagen keinerlei Beziehungen zur chinesischen Führung mehr unterhalten (*Chung-kuo Shih-pao* (Taiwan), 19.10.00, nach SWB, 23.10.00; vgl. CND, 16.10.00).

Die offizielle chinesische Seite hingegen bestand im Oktober mehrmals darauf, gegenüber dem Dalai Lama einen seit langem konsistenten und unveränderten Kurs zu fahren. Dieser lässt sich darin zusammenfassen, dass einerseits die grundsätzliche Bereitschaft zur Aufnahme von Ver-

handlungen betont wird, andererseits als Vorbedingung verlangt wird, dass der Dalai Lama von seiner Forderung nach einer „Unabhängigkeit Tibets“ Abstand nehme. Gewissermaßen besteht der gordische Knoten im Verhältnis zwischen den beiden Seiten darin, dass der Dalai Lama diese Vorbedingung gemäß eigener Aussage zwar erfüllt, die chinesische Seite ihm aber vorwirft, dies nur vorgeblich zu tun, um die internationale öffentliche Meinung irrezuführen; dass es sich bei seiner Aussage, nur nach einer Autonomie Tibets zu streben, um eine „Lüge“ handle, sei daran zu erkennen, dass Tibet ja tatsächlich bereits Autonomie genieße, seit es den Status einer „autonomen Region“ erhalten habe. Das Verhandlungsangebot des Dalai Lama sei daher als „unaufrichtig“ zu bewerten; seine „separatistischen“ Absichten bestünden nach wie vor fort (Zhongguo Xinwen She, 13.10.00, nach SWB, 16.10.00; XNA, 14.10., 00; CND, 16.10.00).

Guo Jinlong, der neue Parteisekretär der Autonomen Region Tibet, der Mitte Oktober Chen Kuiyuan ablöste, profilierte sich bereits in den ersten Tagen nach Antritt seines neuen Amtes mit scharfen verbalen Attacken gegen den Dalai Lama. Wie den offiziellen chinesischen Medien zu entnehmen war, sprach Guo Jinlong von einem „langanhaltenden, heftigen und komplizierten Kampf gegen den Separatismus“, der mit dem Dalai Lama anzufechten sei, der seine Aktivitäten der „Infiltration, Einmischung und Sabotage“ niemals beendet habe. Im Verbund mit „anti-chinesischen Kräften des Westens“ verfolge er unter dem Vorwand von Forderungen nach Menschenrechten, Demokratie und religiöser Freiheit eine Subversion der staatlichen Integrität Chinas; diesen Aktivitäten müsse entschlossen begegnet werden. Insbesondere wegen seines anhaltenden Eintretens für eine „Unabhängigkeit Tibets“ müsse die Kritik am Dalai Lama und der Kampf gegen die tibetischen Abspaltungsversuche ungemindert fortgesetzt werden (*Xizang Ribao*, 18.10.00, nach SWB, 27.10.00; vgl. *Xizang Ribao*, 11.9.00, nach SWB, 6.10.00; XNA, 31.10.00).

Diese scharfen offiziellen Attacken sind allerdings vor dem Hintergrund der Tatsache zu relativieren, das die staatliche Führung der VR China zu-

mindest gegenüber dem Ausland bemüht ist, ihre grundsätzliche Bereitschaft zum Dialog und zur Lösung der Tibetfrage zu signalisieren. So wurden zuletzt einige Public-Relations-Maßnahmen unternommen, um das in den internationalen Medien verbreitete Bild eines schleichenden „kulturellen Genozids“ in Tibet zu korrigieren. Wenn dies angesichts der fortgesetzten Berichte über die Unterdrückung religiöser und anderer kultureller Aktivitäten der tibetischen Bevölkerung, wie sie von einschlägigen Informationsstellen verbreitet werden (vgl. etwa die Website www.tibetinfo.net), ein schwieriges Unterfangen sein dürfte, zeigt dieses Verhalten der chinesischen Führung doch, dass sie sich von der internationalen Kritik unter Druck gesetzt sieht. -hol-

16 Selektionskriterien für Parteifunktionäre: Maßstäbe für die Vierte Führungsgeneration

In den vergangenen Wochen wurden verschiedene offizielle Anläufe bekannt, Kriterien für die Selektion von Parteifunktionären zu etablieren. Diese sollen gewährleisten, dass der Übergang der administrativen und politischen Verantwortung von der gegenwärtigen dritten auf die vierte Führungsgeneration stabil verläuft (vgl. C.a., 2000/8, Ü 7).

Positive Selektionskriterien für die Rekrutierung neuer Funktionäre stellte etwa im September Li Changchun, Parteisekretär der Provinz Guangdong und angeblich von Jiang Zemin präferierter Kandidat für die Nachfolge Zhu Rongjis im Amt des Ministerpräsidenten, vor. Auf Grund guter Erfahrungen in Guangzhou empfahl Li Changchun die folgenden sechs Kriterien für die Auswahl geeigneter Personen:

- ideologisches und politisches Bewusstsein;
- praktische Erfahrungen an der gesellschaftlichen Basis;
- jüngeres bis mittleres Alter und hohes Bildungsniveau;
- hohes Ansehen in der Bevölkerung und die Fähigkeit, auf die

Wünsche und Bedürfnisse der Massen einzugehen;

- moralisch gefestigter Charakter und korrektes Verhalten im Dienst;
- Mobilität (zur Verwirklichung des Prinzips überregionaler Rekrutierung, um den Einfluss familiärer und seilschaftlicher Faktoren auszuschalten) (RMRB website, 4.9.00).

Anfang Oktober wurden verbindliche negative Selektionskriterien formuliert, nach denen in Zukunft solchen Funktionären die Beförderung verweigert werden soll, die sich durch Fehlverhalten in folgenden Bereichen hervorgetan haben:

- Abweichen von der Parteilinie bei vorgetäuschter Loyalität;
- Verfolgung persönlichen Nutzens;
- Beeinträchtigung der politischen Einheit durch die Missachtung von Anordnungen und durch mangelnden Blick auf die Gesamtsituation des Landes;
- Befolgung zentralstaatlicher Anordnungen in Worten, aber nicht in Taten;
- Prinzipienlosigkeit;
- Opportunismus;
- Mangel an Verantwortlichkeit, Enthusiasmus oder Unternehmensegeist;
- Fraktionalismus und Karrierismus (SCMP, 4.10.00).

Wie in offiziellen Medien weiter betont wird, ist von Parteifunktionären auch weiterhin zu verlangen, dass sie mehr leisten, als nur einer ihrer Entlohnung entsprechenden Tätigkeit nachzugehen (ebd.; *Jiefang Ribao*, 3.10.00); Verantwortlichkeit, Enthusiasmus und loyale Ergebenheit gegenüber der Partei sollen damit auch künftig zu den Grundtugenden chinesischer Kader gehören und zu ihrer Bewertung herangezogen werden.

Im Vordergrund der Suche nach geeigneten Selektionskriterien dürfte allerdings das Bemühen stehen, dem

endemischen Problem der Korruption beizukommen, ohne den personellen Bestand der Partei grundlegend zu gefährden (vgl. C.a., 2000/8, Ü 8). Zu diesem Zweck sind zum einen die normativen Instrumente der Ermahnung, Erziehung und Abschreckung weiter verstärkt worden. So wurde empfohlen, die offiziellen Medien, das Internet, aber auch Kino- und Fernseh-Spielfilme und nicht zuletzt die Peking-Oper verstärkt im Kampf gegen Korruption einzusetzen. Die Verhängung von Todesurteilen gegen hochrangige der Korruption überführte Funktionäre sollte samt der dazugehörigen Strafprozesse und der Vorbereitung der Delinquenten auf den Vollzug ihrer Strafen durch die Medien aufgearbeitet und in exemplarischer Weise als „negatives Lehrmaterial“ verbreitet werden (XNA, 3., 6., 19.10.00).

Neben diesen „didaktischen“ Maßnahmen wurden zuletzt auch einige substantielle Schritte erwogen. So sei vorgesehen, die Gehälter im öffentlichen Dienst im nächsten Jahr deutlich anzuheben und die sozialen Leistungen (medizinische, Alters- und Arbeitslosenversorgung) zu verbessern; Ziel der geplanten Einkommensverbesserung sei zum einen, das allgemeine Konsumniveau der Privaten zu heben, um die anhaltende Nachfrageschwäche zu beheben, zum anderen aber vor allem, die Verführbarkeit der Kader für korrupte Verhaltensweisen zu reduzieren. Bereits im letzten Jahr waren die Gehälter im öffentlichen Dienst um 30% angehoben worden; ein ähnlicher Zuwachs wird auch für das kommende Jahr erwartet (SCMP, 21.10.00).

Auch ist vorgesehen, die seit langem beschworene Trennung von Unternehmen und Staat in personeller Hinsicht durchzusetzen. Nach Auskunft von Sheng Huaren, dem Leiter der Staatlichen Kommission für Wirtschaft und Handel (SETC), soll es Managern von Staatsunternehmen nicht länger gestattet sein, Regierungsämter zu besetzen. Der bisherigen Praxis, dieser Gruppe automatisch den verschiedenen administrativen Ebenen zugeordnete offizielle Ränge zuzuweisen, würde ab sofort ein Ende gesetzt. Manager von Staatsunternehmen würden damit zukünftig nicht mehr als Regierungsbeamte behandelt (XNA, 28.10.00).

Hier handelt es sich um potenziell sehr weit reichende Maßnahmen, bei deren konsequenter Verwirklichung sich die „Ökologie“ des sozialistischen Kadersystems mittelfristig erheblich verändern könnte. -hol-

17 Strafen für hochrangige Funktionäre wegen Korruption

Während die Urteile der ersten Prozessrunde im berüchtigten Schmuggelskandal von Xiamen noch ausstehen (vgl. C.a., 2000/9, Ü 15), sind im Oktober im Zusammenhang anderer Korruptionsfälle mehrere hochrangige parteistaatliche Vertreter strafrechtlich oder durch parteiinterne Disziplinarmaßnahmen zur Rechenschaft gezogen worden. Bekannt wurden unter anderem die folgenden prominenten Fälle:

* Xu Penghang, der stellvertretende Leiter der Staatlichen Kommission für Wissenschaft, Technologie und Rüstungsindustrie, wurde seines Amtes enthoben und seine Kandidatur für das Zentralkomitee der KPCh suspendiert; ein Ausschluss aus der Partei soll während einer zweijährigen Probezeit aufgeschoben werden. Wie die Disziplinarkontrollkommission der Partei bekannt gab, hat Xu Penghang sich der Korruption schuldig gemacht, indem er seit 1993 gemeinsam mit Familienangehörigen durch illegale Börsenaktivitäten hohe Geldbeträge erwirtschaftete (XNA, 12.10.00; SCMP, 12.10.00).

* Ferner wurde die Parteimitgliedschaft von Wu Wenying, der früheren Vorsitzenden des Nationalen Rats der Textilindustrie (China National Textile Council, CNTC) und ehemaligen Ministerin für Textilindustrie, für zwei Jahre suspendiert und ihr Ausschluss aus der Politischen Konsultativkonferenz empfohlen. Frau Wu wird von der Disziplinarkontrollkommission vorgeworfen, seit 1996 ihrem Sohn zu illegalen Profiten durch den Kauf von Aktien eines beim Börsengang von ihr protegierten Unternehmens verholten zu haben (XNA, 17.10.00; SCMP, 17.10.00).

* Strafrechtlich abgeurteilt wurde der ehemalige Parteisekretär der Stadt Ningbo (Provinz Zhejiang) und Kandidat des Zentralkomitees, Xu Yun-

hong, der bereits im Juli aus der Partei ausgeschlossen worden war. Er wurde von einem Gericht in Hangzhou zu zehn Jahren Haft verurteilt, nachdem er für schuldig befunden worden war, während seiner Amtszeit in Ningbo Familienangehörige bevorteilt und damit finanzielle Verluste von über einer Milliarde Yuan verursacht zu haben (XNA, 18.10.00; SCMP, 18.10.00; vgl. C.a., 2000/7, Ü 10).

* Wegen Korruption zum Tode verurteilt wurden Dian Guoyuan, früherer stellvertretender Hauptgeschäftsführer eines petrochemischen Unternehmens in der Provinz Hubei (mit zweijährigem Aufschub der Urteilsvollstreckung) und Wei Guangqian, ehemaliger Direktor eines staatlichen Aluminiumbetriebs. Die Schadenssummen, die die beiden durch vielfältige korrupte Praktiken verursacht haben sollen, wurden im Fall Dians mit 4,7 Mio. Yuan an entgegengenommenen Bestechungsgeldern, im Fall Weis mit 1 Mio. Yuan an Bestechungsgeldern und mit 280 Mio. Yuan an uneinbringbaren Unternehmensverlusten beziffert (SCMP, 7., 18.10.00).

* Wie schließlich eine Hongkonger Quelle meldete, soll sich der frühere Leiter des Amtes für öffentliche Sicherheit der Stadt Qingdao (Provinz Shandong), Wan Guozhong, bereits im September das Leben genommen haben, um einer strafrechtlichen Verfolgung zu entgehen. Er war beschuldigt worden, in seiner Funktion als Chef des lokalen Sicherheitsapparats kriminelle Aktivitäten gedeckt und sich daraus Vorteile verschafft zu haben (*Ming Pao*, 27.9.00, nach SWB, 3.10.00).

Angesichts der weiten Kreise, die die Korruption nach offizieller Darstellung in China zieht, haben sich chinesische Vertreter auf dem dritten Gipfeltreffen des „Asia-Europe-Meeting“ (ASEM III), das am 21. und 22. Oktober in Seoul stattfand, um internationale Hilfe bei der Korruptionsbekämpfung bemüht. Insbesondere versuchte man, um Hilfe bei der Fahndung nach flüchtigen Personen, die sich der Korruption schuldig gemacht hätten, sowie bei der Auffindung von illegal aus dem Land transferierten Finanzbeträgen zu werben. Gerade auch der jüngste Schmuggelskandal von Xia-

men habe den Bedarf nach internationaler Kooperation aufgezeigt (SCMP, 23.10.00). -hol-

18 Aufschub der Ratifizierung der Internationalen Menschenrechts-Konventionen

Ende Oktober trat der Ständige Ausschuss des Nationalen Volkskongresses zu seiner 18. Sitzung innerhalb der Legislaturperiode zusammen. Während der neun Sitzungstage standen insgesamt 13 Gesetzesvorlagen und Vorschläge für Gesetzesänderungen auf der Tagesordnung. Die Rekordagenda ergab sich unter anderem dadurch, dass im Zusammenhang des bevorstehenden Beitritts Chinas zur Welthandelsorganisation eine ganze Reihe von Gesetzen an das WTO-Regelwerk anzupassen sind (XNA, 23., 24.10.00).

Zur Diskussion stand unter anderem die ausstehende Ratifizierung der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, die die VR China im Jahr 1997 unterzeichnet hat. In euphemistischer Rhetorik wurde das Ergebnis der Diskussion damit wiedergegeben, dass die wesentlichen Artikel der Konvention mit den relevanten Gesetzen, Regulierungen und Praktiken in China konform und die „Bedingungen für die Ratifizierung“ reif seien. In einigen wenigen Aspekten allerdings bestünden noch Hindernisse, die Inhalte der Konvention in der Realität umzusetzen. Daher könne die endgültige Ratifizierung erst „zu einem geeigneten Zeitpunkt“ vorgenommen werden. Einstweilen brauche man noch etwas Zeit, um zu prüfen, um tatsächlich jeder einzelne Artikel der Konvention in Harmonie mit Chinas Realität sei. Dies gelte umso mehr, als China ein großes Land mit einer großen Bevölkerung sei, innerhalb derer erhebliche sozioökonomische Diskrepanzen bestünden (XNA, 17., 23., 29.10., 1.11.00).

Noch nicht zur Diskussion stand die im Jahr 1998 unterzeichnete Internationale Konvention über zivile und politische Rechte. Sie wird offiziellen Meldungen zufolge gegenwärtig noch von zuständigen Regierungsbehörden überprüft (ebd.).

Nach Hongkonger Angaben war eine der in der Diskussion offen gebliebenen

Fragen die der Zulassung unabhängiger Gewerkschaften, wie sie in der Internationalen Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte vorgesehen ist. Zwar existieren in der VR China formal Gewerkschaften, die aber bis in die Gegenwart hinein einer starken parteistaatlichen Kontrolle unterworfen sind. Angesichts dieser Praxis dürfte die Zulassung einer unabhängigen Vertretung von Arbeitnehmerinteressen als ein gefährlicher Schritt gelten, dessen mögliche politische Folgen schwer abzuschätzen sind (SCMP, 17.10.00).

Nach informierten Quellen aus Beijing könnte die endgültige Ratifizierung der beiden Konventionen durchaus noch fünf bis acht Jahre in Anspruch nehmen. Der lange Zeitraum sei keineswegs auf bewusste Verzögerungstaktiken zurückzuführen, sondern vielmehr darauf, dass sehr viele Detailfragen berührt seien, die einer eingehenden Prüfung bedürften (ebd.). -hol-

19 Geplanter Ausbau eines Schöffensystems

Auf der jüngsten Tagung des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses war der Ausbau des Schöffensystems einer der zahlreichen Diskussionsgegenstände (vgl. Übersicht oben). Der Ausschuss befasst sich mit einem vom Obersten Volksgerichtshofs ausgearbeiteten und vorgelegten Entwurf zur Verbesserung der Funktionsfähigkeit des formal bereits bestehenden Schöffensystems. Eine Verabschiedung des Entwurfs steht allerdings noch aus (XNA, 23., 24., 25.10.00).

Ein System von aus der Bevölkerung ernannten Schöffen wurde in der VR China bereits in den fünfziger Jahren eingerichtet und in der ersten Verfassung von 1954 verankert. Nach Aussage des Präsidenten des Obersten Volksgerichtshofs Xiao Yang existierte es seither in vielen Orten nur auf dem Papier. Eine effektive Ausübung der ihnen zugedachten Rolle erfüllten die Schöffengerichte kaum. Ein Grund für die Ineffizienz des Schöffensystems soll auch in der inadäquaten Entlohnung dieser Tätigkeit bestanden haben (XNA, 24.10.00).

Gemäß dem nun vorgelegten Entwurf sollen grundsätzlich solche Personen zur Übernahme von Schöffämtern qualifiziert sein, die mindestens über einen höheren Schulabschluss (Oberstufe oder höher) und über juristische Grundkenntnisse verfügen. Die lokalen Volkskongresse sollen über die Ernennung einer geeigneten Person zum Schöffen entscheiden, nachdem die zuständige Arbeitseinheit des Kandidaten eine Empfehlung abgegeben und ein lokales Gericht eine entsprechende Genehmigung erteilt hat. Der den Schöffen zugewiesene Aufgabenbereich erstreckt sich auf erstmalige Befassungen mit Strafanzeigen, zivilrechtlichen Klagen im Zusammenhang mit persönlichen Rechten sowie mit zivil- und verwaltungsrechtlichen Fällen, Prozessen im Bereich geistiger Eigentumsrechte und des Seerechts, sofern diese von großer gesellschaftlicher Tragweite sind. Berufsrichter und Schöffen sollen in gemeinsam gebildeten Kollegien über die jeweiligen Streitfälle befinden.

Für den Fall, dass Schöffen richterlichen Fehlverhaltens oder justizieller Unregelmäßigkeiten gewahr werden, sollen sie ausdrücklich befugt werden, bei dem jeweiligen Gerichtspräsidenten Beschwerde einzulegen. Umgekehrt sollen sie selbst rechtlich zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie sich eines Rechtsbruchs schuldig machen (ebd.).

An den zuletzt genannten Regelungen, wie sie in dem nun diskutierten Vorschlag entworfen sind, wird deutlich, dass ein Hauptziel der Stärkung des Schöffensystems in einer verbesserten Kontrolle der Gerichte selbst liegt. Im Zuge der verstärkten Korruptionsbekämpfung der jüngeren Vergangenheit hat sich herausgestellt, dass eine beträchtliche Zahl von Richtern selbst korrupte Verhaltensweisen übernommen haben. Die Heranziehung externer Schöffen „aus dem Volk“ soll hier offenbar als ein Korrektiv wirken. -hol-

20 Erfolgreiche Klage eines Privatmanns gegen Luftverschmutzung

Laut einem Bericht der in China viel gelesenen *China Youth Daily* hat im Oktober ein Gericht in Yinchuan, in der autonomen Region Ningxia, der

Klage eines Privatmanns gegen eine staatliche Einheit wegen Luftverschmutzung stattgegeben. Nach Darstellung der Zeitung handelte es sich um den ersten Prozess in der Geschichte der VR China, der von einer Privatperson im Bereich der Umweltverschmutzung angestrengt worden ist (wiedergegeben in SCMP, 25.10.00).

Der 43-jährige erwerbslose Zhang Diansheng hatte gegen eine städtische Energieversorgungsgesellschaft Klage wegen unzumutbarer Luftverschmutzung durch den Abgasausstoß einer ungefilterten Kohleverbrennungsanlage aus einem Schornstein erhoben, der sich in unmittelbarer Nähe seiner Wohnung befindet. In den zwölf Jahren seit Einzug in diese Wohnung waren er, seine Frau und sein Sohn an den Wirkungen des Kohlestaubs schwer erkrankt und mussten ärztliche Behandlungskosten in Höhe von über 4.000 Yuan auf sich nehmen.

Unter Vorlage einer von mehreren Dutzend betroffenen Anwohnern unterzeichneten Petition, medizinischen Berichten, Krankenhausrechnungen und photographischem Dokumentationsmaterial forderte Zhang die sofortige Stilllegung des Schornsteins und verklagte die für die Abgasverschmutzung verantwortliche Gesellschaft auf Entschädigung für die verursachten Leiden und für die Renovierung der von Ruß geschwärzten Wohnung. Die angeklagte Partei weigerte sich zunächst, den Forderungen nachzukommen, mit der Begründung, der Kläger könne keine Evidenz für einen direkten kausalen Zusammenhang zwischen dem Abgasausstoß und den Erkrankungen seiner Familie vorbringen. Das angerufene Gericht gab dem Kläger aber Recht und verurteilte die Gesellschaft zur Stilllegung des Schornsteins und zur Zahlung von insgesamt 5.000 Yuan an Entschädigungsgeldern.

Angeblich plant der Kläger nun, den nach Begleichung der entstandenen Unkosten verbleibenden Restbetrag von 1.000 Yuan für die Gründung eines „Fonds für Umweltschutz-Leibwächter“ einzusetzen, aus dem Personen unterstützt werden sollen, die sich in besonderer Weise für ökologische Ziele engagieren (ebd.).

Der Fall reflektiert das wachsende Umweltbewusstsein in der chinesi-

schen Gesellschaft, zeigt in seiner betonten Einzigartigkeit aber zugleich die großen Defizienzen in der Umsetzung bestehender ökologischer Standards auf, wie sie gegenwärtig noch bestehen. -hol-

Wissenschaft, Bildung, Gesellschaft, Kultur

21 Ehrgeiziges Raumfahrtprogramm

Seit China im November 1999 sein erstes Raumschiff in den Weltraum geschickt hat, arbeiten chinesische Wissenschaftler und Techniker intensiv an dem Raumfahrtprogramm. Die Raumfahrt als Hightech-Forschungsgebiet genießt besondere staatliche Förderung. Die beiden wichtigsten derzeit angestrebten Projekte sind die eigene Erforschung des Mondes und die Beteiligung an der internationalen Exploration des Mars. Einzelheiten über die chinesischen Entwicklungen in der Raumfahrttechnologie und den Stand der beiden Projekte dringen nur sehr spärlich an die Öffentlichkeit, da die Programme stark vom Militär kontrolliert sind. Federführend für die Raumfahrtprogramme ist das Staatliche Luft- und Raumfahrtbüro (State Aerospace Bureau), dessen Direktor Luan Enjie anlässlich der ersten Welt-Raumfahrt-Woche, die die UNO im Jahre 1999 begründet hatte, einige Einzelheiten bekannt gab. Danach hofft China, bald Astronauten in den Weltraum zu schicken, um dann neben den USA und Russland zu den einzigen Nationen zu zählen, die in der Lage sind, bemannte Raumfahrtflüge zu unternehmen. Einen Zeitplan gab Luan allerdings nicht bekannt. Das bemannte Raumfahrtprogramm wird einerseits aus militärischem Interesse verfolgt, weil es eine neue Generation von Trägerraketen mit sich bringt, zum anderen aus wirtschaftlichen Gründen, weil sich China die verstärkte weltweite Vermarktung seiner Kommunikationssatelliten verspricht. Die bemannte Raumfahrt, die die Bezeichnung „Projekt 921“ trägt, hat in den letzten Jahren durch höhere staatliche Fördermittel und Hilfe von Russ-

land großen Auftrieb erfahren. Die Programme werden als Prestigeprojekte betrachtet, die Chinas Ansehen und Einfluss in der Welt stärken können.

China ist dabei, für die geplante Mondmission spezielle Roboter zu entwickeln, die zum Einsatz kommen sollen, bevor chinesische Astronauten auf dem Mond landen. Außer bei der Mondmission sollen die Roboter auch bei sonstigen Weltraumaktivitäten eingesetzt werden, wie z.B. beim Satellitenservice und wissenschaftlichen Experimenten in einer Weltraumstation. Aus Gründen der Wirtschaftlichkeit und Sicherheit sollen Roboter eher eingesetzt werden als Astronauten, so ließ Sun Zengqi wissen, ein führender Forscher für Weltraum-Roboter. Tatsächlich jedoch, so lässt sich seiner Argumentation entnehmen, ist China derzeit noch nicht in der Lage, bemannte Raumschiffe in den Weltraum zu schicken. Auf dem Mond soll der Roboter mögliche Landeplätze für Astronauten erkunden, Bilder vom Mond zur Erde senden und Gesteinsproben sammeln. Außerdem sollen Roboter entwickelt werden, die in Raumkapseln arbeiten. Gegenwärtig kann China noch keine großen Raumstationen bauen, wohl aber kleine Raumlabore. In diesen sollen Roboter Experimente durchführen. Ein erstes Roboter-Forschungszentrum wurde in Beijing errichtet. Dessen stellvertretender Direktor Liang Bin betonte, dass in vielen Schlüsseltechnologien für Raumfahrt-Roboter entscheidende Fortschritte erzielt worden seien. Der Abstand zu den führenden Nationen in der Entwicklung solcher Roboter - USA, Japan und Russland - sei deutlich verringert worden. Kooperationen auf diesem Gebiet gibt es mit Instituten in den USA und Hongkong. (Vgl. XNA, 5. u. 17.10.00)

Demgegenüber kann China auf dem Gebiet der Satellitentechnologie beachtliche Erfolge vorweisen. Hier kann es auf dreißig Jahre praktischer Erfahrungen zurückblicken. In diesen drei Jahrzehnten hat China 40 Satelliten ins All transportiert, darunter 10 Kommunikationssatelliten, 17 bergungsfähige Satelliten, 5 Wettersatelliten und 10 Satelliten für technische Versuche. Die meisten sollen sehr gut funktionieren. Federführend auf diesem Gebiet ist die Chinesische Akade-